

**Festvortrag des  
Niedersächsischen Ministerpräsidenten  
Christian Wulff  
anlässlich des Abends der Begegnung 2007  
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig,  
Klosterkirche St. Maria Riddagshausen,  
30. Januar 2007, 18.00 Uhr,  
zum Thema: „Nachhaltigkeit und Innovation -  
Brücken in die Zukunft bauen“  
(Es gilt das gesprochene Wort!)**

Sehr geehrter Herr Landesbischof Dr. Weber,  
sehr geehrter Herr Bischof Trelle,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann,  
sehr geehrte Frau Ministerin Heister-Neumann,  
sehr geehrter Herr Minister Busemann,  
sehr geehrte Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ihnen allen ein herzliches „Guten Abend“. Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Landesbischof Dr. Weber, für die freundliche Einladung. Ich bin ihr gerne gefolgt und freue mich, diesen Abend gemeinsam mit Ihnen verbringen zu können. Ich hoffe, dass wir nachher beim Empfang noch Gelegenheit haben werden, uns in zwanglosen Gesprächen auszutauschen.

## **1. Zukunft**

Meine Damen und Herren,

„Innovation und Nachhaltigkeit - Brücken in die Zukunft bauen“ - das ist ein bedeutungsschweres und nach wie vor aktuelles Thema.

Vor allem der Begriff „Zukunft“ ist ja schon seit Jahrzehnten aus Politikerreden nicht mehr wegzudenken. Noch Albert Einstein konnte gelassen sagen: „Die Zukunft interessiert mich nicht. Sie kommt ja früh genug“. Doch solche Gelassenheit können wir uns heute nicht mehr leisten. In seinem berühmten Buch von 1952 „Die Zukunft hat schon

begonnen“ konterte der Zukunftsforscher Robert Jungk: „Die Zukunft interessiert mich sehr wohl. Denn ich werde den Rest meines Lebens in ihr verbringen“.

Einstein in allen Ehren, aber ich glaube, wir sind uns einig: Wir müssen uns ernsthaft und rechtzeitig Gedanken über die Zukunft machen. Darüber, wie und wovon wir in Zukunft leben, wie wir unser Leben, unsere Gesellschaft, wie wir die internationalen Angelegenheiten in einer globalisierten Welt regeln werden. Das Nachdenken darüber wird immer dringlicher - und niemand kann sich dieser Aufgabe entziehen.

Gewiss, niemand kann in die Zukunft schauen. Vielleicht kennen Sie den Ausspruch von Karl Valentin: „Prognosen zu treffen ist schwierig - besonders, wenn sie die Zukunft betreffen“. Aber wir können eines tun: Wir können eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes machen, und wir können auf dieser Basis definieren, wohin wir wollen und welche Wege und Brücken dazu zu beschreiten sind und was sich eventuell ändern muss. Genau das möchte ich heute Abend tun.

## **2. Innovation**

Und damit komme ich zur Betrachtung der weiteren beiden Schlüsselwörter in meinem Vortragsthema, Innovation und Nachhaltigkeit.

Denn einmal ist sicher: Auch in Zukunft wird unsere Gesellschaft, wird die ganze Menschheit auf Innovationen, also neue Entdeckungen, Einsichten und Erfindungen angewiesen sein. Erfindungen, oder wie wir heute lieber sagen, Innovationen, also Erneuerungen, sind der Hauptantriebsmotor des Fortschritts.

Vielleicht kennen Sie den alten historischen Streit darüber, was das Schicksal der Menschen am meisten beeinflusst. Napoleon war sich noch sicher: „Die Politik ist unser Schicksal“. Gut 100 Jahre später behauptete Walter Rathenau, Außenminister in der Zeit der Weimarer Republik und Sohn des AEG-Gründers Emil Rathenau: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“. Der im Jahr 1999 verstorbene Publizist Johannes Gross fand sozusagen die synthetisierende Lösung: „Große Erfindungen sind das Schicksal der Menschen“.

Und ich finde, wir können die Synthese noch etwas weiter treiben, in dem wir Erfindungen nicht allein auf Wissenschaft und Technik beschränken. Es gibt ja durchaus auch politische Erfindungen und Erfindungen in der Ökonomie, die die Lebensbedingungen der Menschen entscheidend verbessert haben. Ich nenne die Entwicklung der modernen Demokratie, die Formulierung der Menschenrechte und ihre Durchsetzung im verfassten Rechtsstaat. Ich nenne aber auch Formen des modernen, freien Wirtschaftens

jenseits von Manchester- oder Raubtierkapitalismus, aber auch von Merkantilismus, Protektionismus, Planwirtschaft und Sozialismus - nämlich die soziale Marktwirtschaft. Sie ist in ihren Grundzügen noch gar nicht so alt, aber sie hat unbestritten einen großen Teil zum Wohlstand und zur Sicherheit in unserem Land beigetragen. Vielleicht genau-so viel wie der Elektromotor, das Auto, das Penicillin oder der Computer...

Meine Damen und Herren,

„Innovation“ - dieser Schlüssel zu Fortschritt und Wohlstand begleitete die Menschen von Anfang an - vom ersten Faustkeil bis zum neuesten iPhone.

Ich rechne den Begriff Innovation zu den so genannten großen „I's“, die ich im Folgenden benennen möchte.

Zuerst kommen die Innovationen, also Ideen, die den für die Menschheit lebens- und überlebensnotwendigen Fortschritt ermöglichen. Sie erlauben uns auch, den damit verbundenen immer rasanteren Wandel zu steuern und zu gestalten.

Aus Innovationen und Ideen resultieren dann Investitionen in die Zukunft, wobei zuerst an die Grundlagen, also an die Infrastruktur gedacht werden muss. Heute gehört dazu mit an oberster Stelle die Informationstechnologie.

Weiter wichtig sind Identität und Image. Gerade im rasanten Wandel braucht der Mensch Orientierung, braucht Halt, braucht Sicherheit, verlangt nach Wurzeln, sucht nach Selbstvergewisserung. So wird heute üblicherweise immer auch Innovation zusammen mit Traditionspflege genannt. Mit anderen Worten: Zukunft braucht Herkunft. Wer sagen soll, wo er hin will, tut gut daran, sich zu vergewissern, wo er herkommt. Die Suche nach der eigenen Identität, die zu großen Teilen auf Geschichte, Tradition und Herkunft beruht, soll uns ein unverwechselbares Gesicht, neudeutsch gesagt, ein Image verleihen.

Einen letzten Begriff möchte ich nennen, der einen wichtigen Aspekt des Wandels in unserer globalisierten Welt benennt: Das Phänomen der Migration, das für die Zielländer das Phänomen der Immigration darstellt. Notwendigerweise ergibt sich daraus die Pflicht zur Integration. Voraussetzung dafür wie auch Folge davon sind Interkulturalismus und Internationalismus. Man könnte auch sagen: Weltoffenheit und Toleranz.

Und es ist klar, dass Identität und Integration sehr eng miteinander zusammenhängen. Einwanderer, Menschen aus fremden Kulturen und Religionen kann nur derjenige erfolgreich und dauerhaft integrieren, der über eine eigene Identität verfügt, ein eigenes

Selbstbild, ein gesundes Selbstbewusstsein. Er muss sozusagen eine eigene Marke darstellen, die für Echtheit, Festigkeit, kurz für Integrität steht.

Ich nenne alle diese Begriffe, weil ich der Überzeugung bin, dass alle mit ihnen umrissenen Themen und Aufgaben uns in Zukunft weiter beschäftigen werden. Weltweit, auch in Niedersachsen und die Politik genauso wie die Wirtschaft - auch die Kirchen.

### **3. Nachhaltigkeit**

Meine Damen und Herren,

den letzten der drei Begriffe meines Vortragsthemas möchte ich noch kurz beleuchten. Nachhaltigkeit - das ist mehr als ein Modewort, das im Zusammenhang mit der Ökologiedebatte in den 80er Jahren aufkam und spätestens nach der Konferenz von Rio im Jahr 1992 seine Karriere gerade in der Politikersprache machte. Nachhaltigkeit - darunter verstehe ich heute ein Formalprinzip nicht nur der Ökologie, sondern auch der Ökonomie und der Finanz- und Sozialpolitik.

Nachhaltigkeit hat meines Erachtens eine starke qualitative, ja moralische Komponente, viel mehr jedenfalls als die überkommenen Begriffe Fortschritt, Wohlstandsmehrung oder Lebensqualität. Nachhaltigkeit bezeichnet einen formalen Maßstab, unter den wir uns im Interesse des Überlebens der Menschheit generell stellen müssen. In der Wissenschaft genauso wie in der Wirtschaft und Politik. So gesehen steht das Gebot der Nachhaltigkeit über der Notwendigkeit von Innovation. Das heißt, alle Neuerungen müssen vor ihrer Anwendung geprüft werden, wie sie sich langfristig auswirken. Mit anderen Worten, ob sie zukunftstauglich sind, unschädlich sind für kommende Generationen, ob sie also nachhaltig sind.

„Innovation und Nachhaltigkeit“, damit ist gemeint: Nur mit Hilfe der Forschung in allen Disziplinen, mit ständigen Neu- und Weiterentwicklungen auf allen Gebieten halten wir uns wettbewerbsfähig, bringen wir unser Land voran, können wir die Zukunft gewinnen. Das meint der Begriff Innovation. Doch andererseits wissen wir auch: Fortschritt ist erstens nicht nur quantitativer Natur, er hat auch eine qualitative Komponente, ja eine moralische Qualität. Er ist kein Selbstzweck, er bedarf der Orientierung an ökologischen, finanziellen, ökonomischen, sozialen und ethischen Maßstäben und Zielen.

Oberster und letzter Maßstab dabei ist der Mensch, alle Angehörige der Spezies, beide Geschlechter und sämtliche lebenden Generationen. Der Gedanke der Nachhaltigkeit geht aber noch weiter. Er bezieht sich auf die Schonung und Pflege der unbelebten wie

der belebten Natur und er berücksichtigt die Folgen unseres Handelns heute für künftige, noch gar nicht lebende Generationen.

Es geht also nicht nur um den Wohlstand, die Gesundheit, die persönliche und politische Freiheit, um Sicherheit und Frieden für alle heute Lebenden. Keiner darf zu Lasten des anderen vom Fortschritt profitieren, und keiner darf von den Segnungen der Wissenschaft, der Ökonomie und des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens ausgeschlossen sein. Es geht auch um unsere Pflicht, unsere natürlichen Lebensgrundlagen, aber auch zum Beispiel die öffentlichen Kassen, zu schonen und so zu behandeln, dass sie auch für künftige Generationen Grundlage des Fortschritts bleiben können. Ein riesiger Schuldenberg ist genauso zu vermeiden wie eine zerstörte Umwelt. Nichts anderes meint Nachhaltigkeit.

Und beides zusammen, dass Gebot der Nachhaltigkeit, gepaart mit der Notwendigkeit andauernder Innovation, ist ohne Zweifel das Ethos des neuen 21. Jahrhunderts und unserer globalisierten Welt.

#### **4. Beispiele nicht nachhaltiger Politik**

Meine Damen und Herren,

wie wichtig „Nachhaltigkeit“ ist, wurde uns in den vergangenen Wochen und Monaten mindestens zweimal deutlich vor Augen geführt.

Zum einen meine ich die auffälligen Wetterlagen und Klimaphänomene der jüngsten Vergangenheit: Die Überflutung von New Orleans, Gletscher- und Polarkappenschmelze, Rekordtemperaturen im vergangenen Herbst und Winter und der jüngste Orkan „Kyrill“ - sie machten deutlich: Wir müssen unsere Anstrengungen für den Klimaschutz deutlich verstärken. Jüngste Berechnungen sagen: Um eventuelle Billionenschäden in den nächsten Jahrzehnten weltweit zu vermeiden, muss die gesamte Menschheit, müssen alle Volkswirtschaften weltweit eine dreistellige Milliardensumme investieren - quasi als Präventionsmaßnahme. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die dicht besiedelten Küstenstaaten dieser Erde, die vom Anstieg des Meeresspiegels besonders bedroht sind. Dazu zählen übrigens auch Holland und natürlich unser Land Niedersachsen!

Heute wird Nachhaltigkeit besonders im Zusammenhang mit dem Ökologiedanken behandelt. Aber ursprünglich und der Sache nach ist Nachhaltigkeit ein Prinzip der Ökonomie: Der Einzelne, eine Gesellschaft, eine ganze Volkswirtschaft soll langfristig nur vom Ertrag, nicht von der Substanz zehren und leben. „Das Saatgut soll nicht ver-

mahlen werden“, sagte schon Goethe. Ich bin der Überzeugung, auch heute ist das Gebot der Nachhaltigkeit ein ökonomisches Prinzip mit starken Bezügen und Auswirkungen auf die Ökologie, aber auch auf die konkrete Finanz- und Sozialpolitik. Mit anderen Worten: Ein Indiz dafür, dass Politik und Wirtschaft in der Vergangenheit nicht nachhaltig waren, ist das Auftreten von Folgelasten, die in der Vergangenheit nicht in der Bilanz auftauchten. Darunter fallen das CO<sub>2</sub> aus fossilen Brennstoffen und das Methan aus der Landwirtschaft, die unsere Erde aufheizen. Aber Indizien nicht nachhaltiger Politik sind auch soziale Verwerfungen wie z.B. extreme Einkommensunterschiede oder die Existenz von Parallelgesellschaften oder gar Ghettos. Und nicht zuletzt ein Indiz dafür, dass nicht nachhaltig gewirtschaftet wurde, sind überschuldete öffentliche Haushalte und überforderte Sozialkassen.

Damit bin ich bei meinem zweiten Beispiel: Vor einigen Tagen, genau am 21. Januar, feierte die so genannte dynamische, auf dem Umlageverfahren basierende Rente ihren 50. Geburtstag. Damals, 1957, entschied sich die Regierung Adenauer gegen die Kapitaldeckung der Altersvorsorge und für das heute noch gültige Umlageverfahren, das in den 90er Jahren sogar noch um die Pflegeversicherung erweitert wurde. Grundlage dieses Systems sollte der so genannte Generationenvertrag sein. Eine gute Idee, dessen Grundannahme jedoch sehr schnell zu existieren aufhörte. Konrad Adenauer nämlich vertraute auf stabile Geburtenzahlen mit dem berühmten Spruch „Kinder bekommen die Leute sowieso“. Zunächst behielt er Recht. 1964 erreichte die Geburtenzahl in Westdeutschland ihren Höhepunkt. Doch schon knapp zehn Jahre später sprach alle Welt nur noch vom „Pillenknick“. Denn die Geburtenrate sank von 2,5 im Jahr 1964 fast schlagartig auf 1,7 Kindern pro Frau bzw. Paar. Mittlerweile sind wir in Deutschland im Schnitt bei etwa 1,3 Kindern pro Frau angekommen. Das ist viel zu wenig, um den Bevölkerungsstand zu halten. Dazu wäre eine Zahl von mindestens 2,1 nötig. Frankreich hat diese Zahl vor kurzem übrigens wieder erreicht. Deutschland ist, zusammen mit Spanien und Italien, Schlusslicht in Europa und weit von solchen Zahlen entfernt. Die Folge: Das Umlagesystem der Rentenversicherung erwies sich als nicht nachhaltig. Weil die Zahl der Beitragszahler immer mehr abnahm, also praktisch ein „Vertragspartner“ des Generationenvertrags zu großen Teilen abhanden kam, stiegen die Beiträge von anfangs 14 % auf heute 19,9 %. Und ohne jährliche Steuerzuschüsse in Höhe von inzwischen 80 Mrd. Euro sähe es ganz düster aus. Die Öko-Steuer aus rot-grünen Zeiten wurde schon damals vom Volksmund richtig mit dem Slogan bedacht: „Tanken für Omis Rente“.

Auch dies ist ein Beispiel und ein Beweis dafür, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit längst nicht mehr allein ökologischen Themen vorbehalten ist.

## **5. Niedersächsische Reformpolitik**

Auch „Innovationen“ sind, wie ich dargelegt habe, längst nicht auf die Wissenschaften, auf Forschung und Entwicklung beschränkt. Innovationen gibt es auch in der Politik! Sie heißen hier nur anders. Sie sind besser bekannt unter dem Namen Reformen.

Ich möchte Ihnen im Folgenden einige Innovationen der niedersächsischen Regierungspolitik der letzten Jahre nennen, die durchaus auch als Habenposten unter der Rubrik Nachhaltigkeit „gebucht“ werden können.

Wir haben seit 2003 konsequent die öffentliche Verschuldung unseres Landes reduziert. In diesem Jahr ist der Landeshaushalt erstmalig seit langem wieder verfassungskonform, das heißt, die Neuverschuldung überschreitet nicht mehr die Investitionssumme. Und schon in 2011 werden wir keine neuen Schulden mehr machen. Hinter Bayern und Baden-Württemberg sind wir Spitzenreiter beim Sparen. Besonders anschaulich werden unsere Erfolge im folgenden Vergleich: Seit 2002 konnten wir die Neuverschuldung pro Sekunde von 93 Euro auf heute 45 Euro mehr als halbieren. Im Klartext: In diesem Jahr beträgt die Neuverschuldung 1,3 Mrd. Euro, für Investitionen stehen aber 2,4 Mrd. Euro bereit. Die größten Investitionsprojekte in diesem Jahr sind der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, der Forschungsflughafen in Braunschweig, die Erweiterung des Seehafens in Brake sowie das Energieforschungszentrum in Goslar.

Wir investieren auch in die Köpfe. 400 Lehrerstellen, die wir eigentlich streichen wollten, lassen wir bestehen. Und weil die Kinder und Jugendlichen unsere Zukunft sind, haben wir unser Schulsystem reformiert: Abitur nach zwölf Jahren, Zentralabitur, Abschaffung der Orientierungsstufe. Wir arbeiten auch konsequent an der Qualitätssicherung unserer Schulen. Im vergangenen Jahr wurden etwa 450 Inspektionen an unseren Schulen durchgeführt, die zu konkreten Verbesserungsvorschlägen führten. Wir gehen weiter den Weg der Deregulierung, der Eigenverantwortung und der Profilbildung. Die „eigenverantwortliche Schule“, die ab dem nächsten Schuljahr realisiert werden soll, öffnet den Schulleitungen, den Lehrern und den Eltern neue Handlungsspielräume mit dem Ziel, die Freude am Lernen zu vermehren und vor allem die Leistungen der Schülerinnen und Schüler zu steigern.

Auch andernorts verfolgen wir konsequent flexible und dezentrale Lösungen. Ob bei der eigenverantwortlichen Schule, den Optionskommunen, beim Ladenschluss oder betrieblichen Bündnissen - überall zeigt sich die Wirksamkeit und der Nutzen des Subsidiaritätsprinzips: Die besten Lösungen sind die, die dort gefunden werden, wo sie entstanden sind. Übergeordnete Instanzen sollen nur dann eingreifen, wenn es aus eigener Kraft nicht mehr weiter geht.

Wir sind Vorreiter beim Bürokratieabbau. Durch den Wegfall der Bezirksregierungen und die Verwaltungsmodernisierung konnten allein bis Ende 2006 rund 3.400 Stellen im Landesdienst abgebaut werden. Die Hälfte aller Vorschriften sind nach eingehender Prüfung gestrichen worden. Die Einsparerfolge unserer Verwaltungsreform betragen in diesem Jahr bereits 226 Mio. Euro. Bis zum Jahr 2010 wird diese eingesparte Summe auf 2 Mrd. Euro ansteigen.

In der neuen EU-Förderperiode, die gerade begonnen hat, fließen 2,5 Mrd. Euro in unser Land Niedersachsen. Zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln stehen uns dann im Zeitraum 2007 bis 2013 zusätzlich 4,3 Mrd. Euro zur Verfügung, die wir im Sinne des Innovationsgebots, aber auch des Nachhaltigkeitsgebots einsetzen werden.

2006 haben wir „60 Jahre Niedersachsen“ gefeiert. Wir haben uns unserer Wurzeln, unserer Tradition, unserer Geschichte, unserer Leistungen in der Vergangenheit vergewissert. Kurz, wir haben Identitäts- und Imagepflege betrieben. In diesem Jahr wollen wir nach vorne schauen unter dem Motto „Die nächsten 60 Jahre“. Deshalb haben wir 2007 als das Jahr der Ideen und Innovationen ausgerufen. Im Oktober werden wir auf dem Messegelände eine IdeenExpo unter dem Titel „Technik zum Anfassen“ veranstalten. Sie soll in Zukunft im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfinden. Hier geht es uns letztlich um die Förderung der jungen Generation. Wir wollen auf dieser IdeenExpo Kinder und Jugendliche für Technik, für die Naturwissenschaften, für Ingenieurberufe begeistern und motivieren. Die Ausstellung soll neugierig machen, soll Entdecker- und Erfindergeist wecken. Es klingt zwar ein bisschen verwegen, aber wir wollen Spaß vermitteln an Mathematik und Physik, an Technik und wissenschaftlichem Denken und seiner Anwendung. Wir wollen unsere Kinder und Jugendliche an die Fragen heranführen, die wir heute und in Zukunft beantworten müssen: Wie ernähren wir uns in Zukunft, wie erhalten und verbessern wir unsere Gesundheit und Leistungskraft, wo kommt in Zukunft die Energie her, wie werden wir kommunizieren, wie werden wir die Mobilität von Waren und Menschen garantieren können, ohne dass es zu nachteiligen ökologischen Folgen kommt?

Denn wir wissen, ohne ständige Neuerfindungen, also Innovationen in den Schlüsselbranchen lassen sich weder unser Lebensstandard noch unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig halten. Wir sehen, auch eine Ideen- und Innovations-Expo hat nachhaltige Bezüge! Zu den Schlüsselbranchen rechne ich die Computertechnik, die Informatik, die klassische Elektroindustrie, den Maschinen- und Fahrzeugbau, aber auch die ganz neuen Branchen wie die Nanotechnologie und die Bio- und Gentechnologie. Interessant ist vor allem, wie sich diese Branchen gegenseitig durchdringen. Denken sie nur an die Medizininformatik, die Medizintechnik oder an den Einfluss der Gentechnologie auf die Medizin oder Pharmazie. Hier entstehen ganz neue Perspektiven mit unabsehbaren Möglichkeiten.

Hier geht es um nichts mehr, aber auch um nichts weniger als die Zukunftschancen unseres Landes. Denn schon jetzt ist absehbar, dass wir zu wenig Ingenieure, zu wenig Facharbeiter und zu wenig technisch versierte Beschäftigte haben. Ohne ausgezeichnet qualifizierte Forscher, Entwickler, Facharbeiter und Dienstleister verlieren wir ein zentrale Stärke und ein wichtiges Wettbewerbseinstellungsmerkmal unseres Landes. Eines ist sicher, auch in Zukunft werden motivierte, leistungsbereite, gut ausgebildete und sozial engagierte Menschen, die sich mit ihrem Land identifizieren und sich sein Wohlergehen verantwortlich fühlen, die Grundlage für Fortschritt und Wohlstand sein.

Herr Minister Hirche und ich werden in diesem Jahr auch den Startschuss für eine Innovationskampagne geben, um deutlich zu machen: Niedersachsen ist ein innovatives Bundesland. Wir wollen zeigen: Niedersachsen verfügt über eine Vielzahl innovativer Unternehmen mit Weltruf. Wir werden im Frühjahr unsere Standortkampagne starten, um für die Innovationskraft unserer Unternehmen und das Zukunftspotential unseres Landes zu werben. Dabei können wir auf die Unterstützung der niedersächsischen Wirtschaft bei der Finanzierung und auch Organisation zählen. Denn auch unsere Unternehmen haben ein Interesse daran, ihre Produkte und Vorhaben öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, Neugier zu wecken und ihren Bekanntheitsgrad zu steigern.

Um die Innovationskraft unseres Landes zu stärken, werden wir in unserem Land die Hochschulen weiter ausbauen und Forschung und Lehre stärken. Im Dezember des vergangenen Jahres haben die Regierungschefs der Länder unter meinem Vorsitz zusammen mit Frau Bundeskanzlerin Merkel dem Hochschulpakt 2020 zugestimmt. Rund 700 Mio. Euro sollen dafür bis 2010 zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Bereits

dieses Jahr werden wir 1.000 zusätzliche Studienplätze schaffen. Bis 2010 wird es rund 11.000 zusätzliche Studienplätze in Niedersachsen geben.

Die Landesregierung wird erstmals in diesem Jahr einen Wissenschaftspreis Niedersachsen vergeben. Mit dem Preis, der mit 60.000 Euro dotiert ist, sollen Personen ausgezeichnet werden, die einen wesentlichen Beitrag zur Hochschulentwicklung in Niedersachsen geleistet haben. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass vor kurzem bei der Benennung weiterer zehn Universitäten in Deutschland, die in den Genuss der Elitförderung des Bundes kommen werden, auch Göttingen genannt worden ist.

## **6. Die Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen**

Wenn wir Brücken in die Zukunft bauen wollen, müssen in der Tat Innovation und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen. Der „Nachhaltigkeitsbericht für Niedersachsen - Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“, den wir im vergangenen Jahr erarbeitet und vorgestellt haben, wird dieser Einsicht gerecht. Wir werden ihn in diesem Jahr zu einer präzisen Strategie ausbauen. Das heißt, wir unternehmen eine eingehende Prüfung sämtlicher Politikfelder in allen Ressorts unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit. Wir überprüfen unsere Politik genau unter den Aspekten der Umweltverträglichkeit, der wirtschaftlichen Effizienz, der haushälterischen Angemessenheit und der Geschlechter- und Generationengerechtigkeit. Dann erarbeiten wir konkrete Projekte, mit denen an Hand dieser Kriterien formulierte Ziele erreicht werden können.

Dabei konzentrieren wir uns natürlich besonders auf die ökologischen Herausforderungen, vor allem auf den Klimawandel, der unser Land als Küstenland ja ganz real bedroht. Ich nenne als vordringliche Aufgabe den Küstenschutz. Dann setzen wir auf den weiteren Ausbau der Windenergienutzung, womit auch das so genannte „Repowering“ der alten Anlagen gemeint ist. Ebenso konzentrieren wir uns auf die Gewinnung und den Einsatz von Biokraftstoffen und von Biomasse zur Energieerzeugung.

In der Sozialpolitik müssen wir uns vor allem angesichts der aktuellen demographischen Entwicklung auf eine neue Definition der Geschlechter- und vor allem der Generationengerechtigkeit konzentrieren. Das heißt, wir wollen zu einem gerechten Ausgleich zwischen Mann und Frau und zwischen Alt und Jung kommen. Dabei geht es um die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch um die angemessene gerechte Belastung der jeweiligen Generationen mit den Kosten des Sozialstaates. Es geht also um Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit, aber auch um Belastungsgerech-

tigkeit. Genauer, jedermann und jede Frau muss gleichermaßen Anteil haben an Erziehung, Bildung und Ausbildung, an beruflichen Chancen, an der Weiterbildung, an Kultur und Unterhaltung, muss die Möglichkeit zur gesellschaftlichen und politischen Mitwirkung haben. Ich kann es nicht hinnehmen, dass nicht unbedeutende Teile der Bevölkerung nicht mehr Zeitung lesen, keine politischen Magazine mehr ansehen oder nicht mehr zur Wahl gehen. Andererseits muss jeder nach seinen Kräften dazu beitragen, dies alles zu ermöglichen und zu finanzieren. Als Elternteil, im Beruf, in seinem privaten und öffentlichen Engagement, als Steuer- und Beitragszahler.

Unsere inzwischen 30 Generationenhäuser im Land wollen das Zusammenleben und das Verständnis der Generationen untereinander fördern. Hier sollen sich bis zu vier Generationen unter einem Dach gegenseitig helfen, voneinander profitieren und vor allem auch miteinander leben und feiern.

## **8. Integration und Identität**

Innovation und Nachhaltigkeit - die Zukunft gewinnen wir nur, wenn wir auch mit Nachdruck an der weiteren Integration der Migranten in unserem Land und deren Nachwuchs arbeiten. Die meisten von Ihnen wollen und werden auf Dauer bei uns leben. Ein großer Teil der Immigrantinnen und Immigranten ist moslemischer Herkunft. Sie haben andere Wertvorstellungen und pflegen die Traditionen ihrer Religion und auch ihrer Herkunftsländer. Inzwischen identifizieren sich aber mehr und mehr von ihnen auch mit ihrer neuen Heimat hier in Deutschland, hier in Niedersachsen. Nicht zuletzt die Fußballweltmeisterschaft im vergangenen Jahr hat das gezeigt, als viele Fans ausländischer Herkunft zur deutschen Mannschaft hielten.

Wir müssen allen helfen, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden und sich in sie einzugliedern. Inzwischen gibt es im Land 15 Integrationsleitstellen. 800 Integrationslotsen, die ehrenamtlich arbeiten und in deren Ausbildung wir 500.000 Euro investiert haben, werden mithelfen, dass sich Zuwanderer und ihre Familien bei Behördengängen, bei der Arbeitsvermittlung oder bei Arztbesuchen zurechtfinden. Meist stammen die Lotsen selber aus Einwandererfamilien und kennen die Sorgen und Probleme, das Gefühl des Fremdseins in einem anderen Land.

Mit unseren Bemühungen wollen wir verhindern, dass insbesondere Frauen und Kinder in die gesellschaftliche Isolation geraten, und dass Parallelwelten entstehen. Aus diesem Grund verfolgen wir auch weiterhin das Ziel, den islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen zu etablieren. Inzwischen läuft unser Modellversuch an 21 Grund-

schulen mit insgesamt 1.030 Schülerinnen und Schülern. Zum kommenden Wintersemester 2007/2008 werden wir an der Universität Osnabrück einen Ergänzungsstudiengang „Islamische Religionspädagogik“ einrichten. Damit können wir deutschsprachige islamische Religionslehrer für den Unterricht an unseren Schulen nach dem Vorbild des konfessionell gebundenen christlichen Religionsunterrichts ausbilden.

Die Integration der Zuwanderer ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen. Um die vielen Aufgaben besser bündeln zu können, wird im Innenministerium eine eigene Abteilung für Integration gebildet und das Haus künftig „Ministerium für Inneres, Integration und Sport“ heißen.

Ich wünsche mir, dass immer mehr Zugewanderte von sich sagen können: „Das ist mein Land. Hier ist meine Heimat. Diesem Land bin ich treu. Nach seinen Gesetzen will ich leben“. Und ich bin überzeugt, erfolgreiche Integration ist mehr als Multikulturalismus, es ist Interkulturalismus im guten Sinne, ermöglicht Internationalität, wie sie im Zeitalter der Globalisierung selbstverständlich sein muss.

Auch die Kirchen sind hier in der Pflicht. Sie hüten einen wichtigen und entscheidenden Anteil des geistigen, kulturellen und religiösen Erbes, das unsere Identität ausmacht. Das Christentum hat auch heute, in unserer säkularen Gesellschaft, die Pflicht und auch, davon bin ich überzeugt, die Kraft, sich der Herausforderung der Moderne zu stellen. Dazu gehört auch der Dialog mit dem Islam. Voraussetzung dafür sind Klarheit und Festigkeit in den eigenen Überzeugungen und deren deutliche Artikulierung - kurz gesagt, eine eigene Identität und ein selbstbewusst vertretenes Image, das sich daraus ergeben kann.

Der Streit um die Mohammed-Karikaturen im vergangenen Jahr, die Diskussion um die Papstvorlesung im vergangenen September in Regensburg oder die Mozartoper „Idomeneo“ haben gezeigt: Anfragen von außen, Kritik, Ablehnung und Widerstand können wir nur dann richtig begegnen, wenn wir unsere eigenen Überzeugungen, unsere Identität klar darlegen können. So bin ich froh, dass sich zum Ende des vergangenen Jahres der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ausführlich zum Thema „Christen und Muslime in Deutschland“ geäußert hat. Ich stimme Ihnen zu, dass nur die Klarheit in den jeweiligen Positionen gute Nachbarschaft auf Dauer gewährleisten kann.

Wir sehen: Der Bauplatz ist bereit, der Bauplan liegt bereit, das Baumaterial ist vorhanden. Machen wir uns also auf, bauen wir Brücken in die Zukunft. Neue Wege entstehen nur, wenn sie gegangen werden. Und Brücken helfen nur weiter, wenn sie errichtet sind. In diesem Sinne: Machen wir uns gemeinsam an die Arbeit.